

## Mehr fiskalische Integration in der Eurozone?

DISKUSSION MIT DR. DANIEL GROS, PROF. DR. MICHAEL HÜTHER, MATTHIAS SCHÄFER, DR. GUNTRAM WOLFF

**Am 15. Mai nahmen führende Experten von Bruegel, CEPS, IW und der KAS zu weiteren Integrationsschritten im Fiskalbereich Stellung. Unter der Moderation von Dr. Detlef Fechner kamen die Redner zu dem Ergebnis, dass grundlegende Strukturreformen in den Eurostaaten nötig sind. Über das Für und Wieder einer stärkeren fiskalischen Integration herrschten unterschiedliche Meinungen.**

Die Euro-Schuldenkrise wirft die Frage auf, ob eine stärkere Integration des Euroraums unabdingbar ist. Um die Wirtschafts- und Währungsunion weiter zu vertiefen, wird von Experten und Politikern eine Fiskalunion als wichtiger Baustein genannt. Es werden Stimmen laut, die fordern, dass die Europäische Integration ohne eine fiskalische Basis zum Scheitern verurteilt ist. Andere hingegen äußern Kritik, ob ein solcher Schritt angemessen und politisch durchsetzbar ist.

In den letzten drei Jahren wurden deutliche Fortschritte bei der Stärkung der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Governance in der Europäischen Union erzielt. Zu nennen sind hier vor allem das Europäische Semester, der Six-Pack, der Two-Pack mit zwei Verordnungen sowie der „Vertrag über Stabi-

lität, Koordinierung und Steuerung“, auch Fiskalpakt genannt<sup>1</sup>.

Die Chancen und Herausforderungen einer weitergehenden fiskalischen Integration wurden im Rahmen einer Diskussion erläutert.

Dr. Guntram Wolff, Acting Director bei BRUEGEL, sprach von einer angespannten wirtschaftlichen Lage Europas. Die Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten seien anfällig gegenüber einem nicht funktionsfähigen Bankensektor. Die Banken seien auf die nationalen Regierungen angewiesen, da sie diese im Notfall finanziell unterstützen müssen. Wolff plädierte für eine weitere Integration im fiskalpolitischen Bereich: „We need to agree on burden sharing in the long run“, so Wolff. Jedoch sei eine Lastenverteilung auf europäischer Ebene schwer durchsetzbar.

Die Mitgliedstaaten verfügen auf nationaler Ebene über keine „bail out rules“, jedoch über einen nationalen Haushalt. Durch die Rekapitalisierung angeschlagener Banken erhöhe sich allerdings die Staatsverschuldung. Die EU-Ebene habe im Gegensatz dazu keine zentrale

<sup>1</sup> Für eine Übersicht der geschaffenen Instrumente siehe [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-12-483\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-483_de.htm)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BELGIEN**

JESSICA GÖRES

**Mai 2013**

[www.kas.de/bruessel](http://www.kas.de/bruessel)

Regierung und verfüge auch über keinen gemeinsamen Haushalt zur dauerhaften Krisenbewältigung. Wolff lobte die gemachten Integrationsschritte im Fiskalbereich: „It was good to put in place some kind of insurance mechanism“.

Auch Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des IW, lobte die neuen Mechanismen, die eine gute Basis für weitere Schritte seien. Nun sei es an der Zeit, diese Instrumente anzuwenden. Hüther äußerte sich optimistisch hinsichtlich einer weiteren Integration. Jener seien aber auch Grenzen gesetzt, da sie mit den Souveränitätsvorbehalten auf nationaler Ebene kollidieren. Als Beispiel erwähnte Hüther die Urteile des deutschen Bundesverfassungsgerichts: „There is not a lot of room to manoeuvre“. Die Schaffung einer Bankenunion sei der wichtigste Schritt, um die Krise in der Eurozone zu überwinden. Für wirtschaftlichen Aufschwung und die Erholung der südlichen Mitgliedstaaten sei hauptsächlich die Angebotsseite entscheidend, bspw. sollten die Bedingungen für private Investitionen verbessert werden. Portugal habe eine positive Entwicklung gezeigt, da der industrielle Sektor wiederbelebt wurde.

Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach sich für eine Wettbewerbsförderung innerhalb der bestehenden makroökonomischen Strukturen aus: „Competitiveness is at the core“. Fiskalpolitik führe nicht unmittelbar zu mehr Wachstum, Einkommen und sozialer Stabilität. Der nächste Schritt, der innerhalb der Eurozone unternommen werden müsse, sei das Innovationspotenzial voll auszuschöpfen, so Schäfer.

Die Grenzen einer europäischen Fiskalpolitik wurden von Dr. Daniel Gros, Direktor des CEPS, aufge-

zeigt. Er war der Ansicht, dass externe Schocks nicht durch Fiskalpolitik gelöst werden können. Eine weitere fiskalische Integration führe zu Doppelstrukturen. Wenn andere Mitgliedstaaten nicht bereit seien, einem zahlungsunfähigen Mitgliedstaat finanzielle Unterstützung anzubieten, helfen fiskalpolitische Maßnahmen nicht aus. Die Schaffung einer Bankenunion sei indes wichtiger.

Auf die Frage hin wie das weitere Vorgehen aussehen könnte, wenn die Strukturreformen nicht schnell genug wirken, antworteten die Redner, dass kein Weg an Strukturreformen vorbei führe. Diese müssen jedoch vom politischen System gewollt sein. Zudem müssen Reformen öffentliche und gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Die genauen Wirkungen der Strukturreformen seien nicht a priori absehbar. Eine Vorgabe durch die Europäische Union sei nur bedingt möglich, wodurch die Beratung im Vordergrund stehe. Als positive Beispiele wurden Irland und Deutschland erwähnt.